

Editorial #5: Es sieht nicht gut aus: Infektionszahlen durch Covid auf Höchststand und die polizeiliche Gewalt hört nicht auf

25.03.2021

von Ana Piquer, Geschäftsführerin von Amnesty International Chile

Die Dinge laufen nicht gut im Land. Die Gesundheits-, Sozial- und Menschenrechtskrise hält weiter an und es ist frustrierend, dass ich in jeder der Kolumnen, die ich im Namen von Amnesty International schreibe, Probleme wiederholen muss, die bestehen bleiben und sich durch nichts zu ändern scheinen. Aber es ist notwendig, so lange damit fortzufahren, bis diejenigen, die zuhören müssen, zuhören.

Einerseits liegt eine der schlimmsten Zeiten in Bezug auf Covid-19-Infektionen seit Beginn der Pandemie vor uns, und der größte Teil Chiles befindet sich in Quarantäne. Die Intensivstationen sind wieder überfüllt, das Gesundheitspersonal bricht angesichts der Belastung zusammen und die Situation ist erneut kritisch. Wieviel hätte besser gemacht werden können, um dieses vorhersehbare Szenario zu verhindern?

Zweifellos schreitet der Impfprozess im Allgemeinen sehr positiv voran, wie auch auf internationaler Ebene hervorgehoben wurde. Die Tatsache, dass die Regierung einen erfolgreichen Diskurs über die Weiterentwicklung der Impfung führt, kann jedoch ein Gefühl falscher Sicherheit vermitteln, welches nicht zur Verringerung der Ausbreitung des Virus beiträgt. Noch besorgniserregender ist die Andeutung der Präsidentin des Colegio Médico, dass die Regierung nicht einmal auf den Rat des Covid-19 Sozial Tisches (Mesa Social) (das die Regierung selbst einberufen hat) hört, und dass das Gesundheitsministerium den Krankenhausdirektoren Anweisungen gibt, die darauf abzielen, Beschwerden über das Geschehen vor Ort zu verhindern.

Die Regierung muss bei allen Aspekten der Pandemiebekämpfung, einschließlich der Impfung, Vorsicht walten lassen und auf den Rat von Expert_innen und auf die Zivilgesellschaft hören.

Andererseits beobachten wir, dass die Bürger_innen leider weiterhin von der Sozial- und Menschenrechtskrise gezeißelt werden. **Die Anzeigen von Polizeigewalt hören nicht auf und sind häufig sehr schwerwiegend.** In den letzten Tagen haben wir gesehen wie eine Beobachterin des Instituto Nacional de Derechos Humanos direkt mit Pfefferspray angegriffen wurde, nur weil sie ihrer Beobachtungsarbeit nachgegangen ist. Dies kommt zu den Anzeigen von Journalist_innen hinzu, die während sie ihre Arbeit ausübten festgenommen wurden und während ihrer Haft Misshandlungen erfahren haben, die als Folter gewertet werden könnten; und, als ob dies nicht genug wäre, wurde auf einem Volksfest von Bajos de Mena, in Puente Alto, wahllos Gebrauch von Pfefferspray gemacht, wovon mehrere Personen betroffen waren, darunter ein Baby, das diverse Verbrennungen erlitten hat.

Wenn wir dem Vorhergegangenen auch noch das Handeln der Polizei rund um die Plaza Dignidad hinzufügen, mit einer Besetzung durch Hunderte von Carabineros und einer Mauer auf dem Platz, sind die Zeichen klar, dass die Inbesitznahme des öffentlichen Raumes und

der friedliche Protest gegen die Regierung zurzeit fast unmöglich sind. **Das Vorkommen einiger vereinzelter Gewalttaten kann kein Grund dafür sein, zu verhindern, dass die Menschen sich versammeln und demonstrieren.** Die gesundheitlichen Gründe können die temporäre Einschränkung der Bewegungsfreiheit rechtfertigen, aber wenn die Freizügigkeit erlaubt ist, ist auch das Versammeln an öffentlichen Orten gestattet. In jedem Fall kann ein Verstoß gegen die Hygieneregeln nicht als Ausrede dafür benutzt werden, Menschen mit Gewalt zu unterdrücken.

Das straffreie Handeln der Carabineros, das sich aus dem Genannten ergibt, schränkt das Recht auf friedlichen Protest in Chile signifikant ein. Es kann und darf nicht so weitergehen, denn dies verletzt die Menschenrechte aller Menschen gleichermaßen.